

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	22
A. Problemstellung	22
B. Gang der Untersuchung.....	24
<i>Erster Teil</i>	
Das herkömmliche Abgabensystem im Überblick	26
A. Begriff der öffentlich-rechtlichen Abgabe	26
B. Systematisierung	27
I. Steuern	27
II. Sonderlasten.....	28
III. Die Offenheit des Abgabensystems.....	30
<i>Zweiter Teil</i>	
Die geschichtliche Entwicklung des Gebührenrechts	32
A. Dogmatische Grundlagen.....	32
I. Begriffsmerkmale der Gebühr.....	33
1. Leistung des Staates	33
2. Sonstige Merkmale.....	35
a) Einschränkungen hinsichtlich der Staatsleistung	35
b) Einschränkungen hinsichtlich des Gebührenzwecks.....	35
3. Terminologie	37
a) Gefälle und Sportel	37

b) Stempelgebühr und Stempelsteuer	38
c) Taxe	39
d) Regaliengebühr	40
e) Ergebnis	40
II. Rechtfertigung der Gebührenerhebung	41
1. Die erbrachte Staatsleistung	41
2. Der Schutz der Steuerzahler	42
III. Gebührenbemessungsprinzipien	44
1. Kostentheorie	44
2. Nutzen- oder Werttheorie	46
3. Gesetzliche Anordnung von Bemessungsprinzipien	47
IV. Der gebührenrechtliche Kostendeckungszweck	48
1. Kostendeckungszweck und Bemessungsprinzipien	49
2. Kostendeckungszweck und Rechtfertigung der Gebührenerhebung	49
3. Ergebnis	52
B. Darstellung ausgewählter Abgabenarten	52
I. Abgaben für Dispense	53
II. Abgaben für die Einräumung von sonstigen Rechten	54
1. Wirtschaftlich nutzbare Rechte	54
a) Abgaben für Gewerbekonzessionen	54
b) Abgaben für die Konzession zur Personenbeförderung	56
c) Bergwerksabgabe	57
d) Patentrechtsabgaben	58
e) Abgaben für die Konzession zur Papiergeldemission	59
2. Rechte ohne direkten wirtschaftlichen Bezug	60
a) Aufenthaltsgeld, Bürgerrechtsgeld und Einkaufsgeld	60
b) Nobilitierungsgelder	62
c) Radfahrgebühr	63
III. Zusammenfassende Würdigung	64
C. Fazit	66

Inhaltsverzeichnis	9
<i>Dritter Teil</i>	
Die gegenwärtige allgemeine Gebührendogmatik	68
A. Dogmatische Grundlegung	68
I. Einleitung.....	68
II. Die verschiedenen Problemkomplexe des Gebührenrechts.....	72
III. Die funktionalistische Gebührendogmatik.....	74
1. Die Trennung gebührenrechtlicher Ebenen	74
2. Die Beziehungen der gebührenrechtlichen Ebenen zueinander.....	77
3. Die Offenheit für Wertungen.....	79
4. Fazit	82
B. Begriffsmerkmale der Gebühr.....	83
I. Aussagen des Grundgesetzes.....	83
II. Von der Literatur entwickelte Gebührenbegriffe	86
1. Der formale Gebührenbegriff	87
2. Der materielle Gebührenbegriff.....	89
3. Der doppelgliedrige Gebührenbegriff.....	90
4. Der monopolistische Gebührenbegriff	91
III. Gebührenbegriffe der Rechtsprechung	92
1. Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.....	92
2. Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts	94
IV. Kritische Würdigung	95
1. Kritik des monopolistischen Gebührenbegriffs	95
2. Kritik des materiellen Gebührenbegriffs	97
3. Kritik des formalen Gebührenbegriffs.....	100
a) Grundsätzliche Bedenken.....	103
b) Gebühr und spezielle Kostendeckung	106
c) Ergebnis.....	113
V. Der streng formale Gebührenbegriff.....	113
1. Argumente für ein streng formales Gebührenverständnis.....	114
2. Mögliche Einwände.....	119
3. Streng formaler und doppelgliedriger Gebührenbegriff	124

4. Ergebnis und Terminologie.....	125
C. Rechtfertigung der Gebührenerhebung.....	126
I. Notwendigkeit der Rechtfertigung.....	126
II. Möglichkeiten der Rechtfertigung.....	129
1. Kostenverantwortlichkeit.....	131
2. Vorteilsausgleich.....	132
a) Vorteilsausgleich und Grundrechte.....	135
aa) Der allgemeine Gleichheitssatz	135
bb) Das Gemeinwohl.....	141
(1) Begriff und Inhalt.....	141
(2) Gemeinwohl und Gebührenerhebung.....	145
cc) Ergebnis.....	149
b) Vorteilsausgleich und Finanzverfassung.....	149
aa) Problemstellung.....	149
bb) Das Prinzip Steuerstaat	151
(1) Inhalt und Bedeutung	151
(2) Die Zulässigkeit von Abweichungen.....	154
cc) Die vorteilsausgleichende Gebühr als Abweichung vom Steuerstaatsprinzip	156
c) Ergebnis.....	159
D. Gebührenbemessungsprinzipien	159
I. Verhältnismäßigkeitsgrundsatz und Äquivalenzprinzip	160
1. Begriff des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	160
2. Begriff des Äquivalenzprinzips.....	162
3. Geltung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes im Gebührenrecht	164
4. Geltung des Äquivalenzprinzips im Gebührenrecht.....	166
a) Positionen innerhalb der Rechtsprechung.....	166
b) In der Literatur vertretene Positionen.....	168
aa) Ablehnung von Verhältnismäßigkeitsgrundsatz und Äquivalenzprinzip	168

bb) Anerkennung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes bei gleichzeitiger Ablehnung des Äquivalenzprinzips	170
c) Die rechtliche Identität von Äquivalenzprinzip und Verhältnismäßigkeitsgrundsatz.....	171
5. Ergebnis.....	175
6. Äquivalenzbeziehungen.....	176
a) Gebührenhöhe und Wert der Leistung.....	177
b) Gebührenhöhe und Kosten der Leistung.....	178
c) Die Gleichrangigkeit von Kosten- und Wertmaßstäben.....	179
II. Das Kostendeckungsprinzip	180
1. Begriff, Inhalt und Abgrenzung.....	180
2. Geltung des Kostendeckungsprinzips im Gebührenrecht.....	183
a) Befürworter einer gebührenimmanenten Geltung.....	184
b) Gegner einer gebührenimmanenten Geltung.....	185
aa) Die Position der Rechtsprechung	185
bb) Stimmen der Literatur	187
c) Das Kostendeckungsprinzip im gebührendogmatischen System	188
aa) Kostendeckungsprinzip und Gebührenbegriff.....	189
bb) Kostendeckungsprinzip und Rechtfertigung von Gebühren	190
cc) Kostendeckungsprinzip und Äquivalenzprinzip	191
dd) Die Bemessungsprinzipien und das funktionalistische Gebührenverständnis.....	192
ee) Differenzierung nach Gebührentypen?.....	195
ff) Kostendeckungsprinzip und Willkürverbot.....	197
III. Ergebnis.....	198
E. Gebührenzwecke.....	199
I. Gebührenimmanente Zwecke	199
II. Fakultative Gebührenzwecke	199
1. Kostendeckung, Vorteilsausgleich und Wertabschöpfung	200
a) Folgerungen aus den Gebührenrechtfertigungsgründen.....	200
b) Insbesondere Vorteilsausgleich und Wertabschöpfung.....	202

aa) Präzisierungen	202
bb) Stellungnahmen von Rechtsprechung und Literatur	203
cc) Die gebührenrechtliche Gleichbehandlung entstandener Werte	205
dd) Ergebnis	207
2. Lenkung und Gewinnerzielung	207
a) Lenkung	207
b) Gewinnerzielung	208
III. Die Ermittlung des Gebührenzwecks	211

Vierter Teil

Die Verleihungsgebühr	212
A. Der gegenwärtige Meinungsstand im Überblick	212
I. Rechtsprechung	212
II. Literatur	215
III. Der weitere Gang der Untersuchung	216
B. Begriff und Abgrenzung	217
I. Begriff	217
1. Die Staatsleistung als begriffsbestimmendes Merkmal	217
2. Begriffsbildungen von Rechtsprechung und Literatur	218
a) Verleihung eines Rechts	218
aa) Tatbestandliche Einschränkungen	219
bb) Tatbestandliche Erweiterungen	220
b) Übertragung wirtschaftlicher Werte	221
3. Die Rechtsverleihung als einziges Begriffselement	222
4. Ergebnis	228
II. Abgrenzung	228
1. Abgrenzungskriterien	228
2. Abgrenzung zu Sonderabgabe und Steuer	230
3. Abgrenzung zum Beitrag	233
4. Abgrenzung zu Verwaltungs- und Benutzungsgebühr	233

	Inhaltsverzeichnis	13
C. Rechtfertigung.....	234	
I. Anknüpfung an die allgemeine Gebührendogmatik.....	234	
II. Der Kreis gebührenfähiger Rechte.....	236	
1. Vorteilhaftigkeit	236	
a) Stellungnahmen von Rechtsprechung und Literatur	236	
b) Vorteilhaftigkeit als Grundrechtsproblem.....	238	
aa) Präventive und repressive Verbote.....	238	
(1) Begriff und Abgrenzung.....	238	
(2) Rechtfertigung.....	242	
(3) Konsequenzen	245	
(a) Das präventive Verbot.....	245	
(b) Das repressive Verbot	247	
(4) Ergebnis.....	255	
bb) Der gebührenfähige Vorteil.....	255	
c) Ergebnis.....	264	
2. Wirtschaftliche Nutzbarkeit.....	265	
a) Stellungnahmen von Rechtsprechung und Literatur	265	
b) Folgerungen aus Finanzverfassung und Gleichheitssatz.....	266	
c) Der Kreis wirtschaftlich nutzbarer Rechte	269	
d) Ergebnis	272	
3. Ergebnis.....	272	
D. Bemessung und Zweck.....	272	
I. Der Zweck der Verleihungsgebühr und sein Verhältnis zur Bemessung	272	
II. Der Wert des verliehenen Rechts	274	
1. Die Wertbemessung im geltenden Gebührenrecht	274	
2. Präzisierungen	277	
3. Mögliche Kriterien	280	
a) Der Betrag des tatsächlich Erwirtschafteten	280	
b) Der Betrag des fiktiv Erwirtschafteten.....	281	
aa) Der gebührenrechtliche Wahrscheinlichkeitsmaßstab.....	282	
bb) Das Instrument der Schätzung im Steuerrecht	283	

cc) Die Schätzung des Wertes verliehener Rechte	285
c) Ergebnis.....	287
4. Sonstige Bemessungsvorgaben.....	288
5. Die gerichtliche Kontrolldichte	290
6. Ergebnis.....	295
III. Verfassungsrechtliche Vorgaben	295
1. Äquivalenzprinzip	295
2. Finanzverfassung.....	296
3. Grundrechte.....	299
a) Die Eigentumsgarantie	299
b) Der allgemeine Gleichheitssatz.....	301
IV. Formulierungsvorschlag.....	302
E. Die Verleihungsgebühr als Wertungsproblem.....	303
I. Gebührendogmatischer Befund.....	303
II. Unberechtigte Einwände gegen die Verleihungsgebühr	304
1. Verstoß gegen Gleichheitsprinzipien	304
2. Anachronismus.....	305
3. Preis für Freiheit.....	306
III. Die offene Flanke der Verleihungsgebühr.....	307
F. Sonstige Aspekte der Verleihungsgebühr.....	313

Fünfter Teil

Beurteilung ausgewählter Umweltabgaben	317
A. Allgemeines	317
B. Einzelne Abgaben	319
I. Abgaben für Wasserentnahmen.....	319
1. Das baden-württembergische Wasserentnahmementgelt.....	319
a) Rechtliche Ausgestaltung.....	319
b) Qualifizierung als Verleihungsgebühr?.....	320
2. Die Gebühr für Wasserbenutzungen in Brandenburg und Niedersachsen..	323

Inhaltsverzeichnis	15
a) Rechtliche Ausgestaltungen	323
b) Qualifizierung als Verleihungsgebühr?.....	324
3. Die schleswig-holsteinische Grundwasserentnahmabgabe.....	325
a) Rechtliche Ausgestaltung.....	325
b) Qualifizierung als Verleihungsgebühr?.....	326
4. Weitere landesrechtliche Wasserentnahmabgaben.....	327
5. Die Hamburger Gebühr für Grundwasserentnahmen	329
a) Rechtliche Ausgestaltung.....	329
b) Qualifizierung als Verleihungsgebühr.....	330
c) Rechtfertigung.....	334
aa) Vorteilhaftigkeit	334
bb) Wirtschaftliche Nutzbarkeit.....	335
cc) Gleichheit und Gemeinwohl.....	336
dd) Ergebnis	338
d) Bemessung und Zweck.....	338
e) Sonstige Aspekte.....	342
f) Ergebnis.....	343
6. Die Bremer Grundwasserentnahmabgabe.....	343
a) Rechtliche Ausgestaltung.....	343
b) Qualifizierung als Verleihungsgebühr.....	344
c) Rechtfertigung, Bemessung und sonstige Aspekte	345
d) Ergebnis	346
II. Das nordrhein-westfälische Lizenzentgelt	346
1. Rechtliche Ausgestaltung	346
2. Qualifizierung als Verleihungsgebühr.....	347
3. Rechtfertigung.....	349
a) Vorteilhaftigkeit	349
aa) Die tatsächlich erteilte Lizenz	349
(1) Formelle Verfassungsmäßigkeit: Gesetzgebungskompetenz	351
(2) Materielle Verfassungsmäßigkeit: Art. 12 Abs. 1 GG	353
(3) Ergebnis.....	357

bb) Die fiktiv erteilte Lizenz.....	357
cc) Ergebnis.....	358
b) Wirtschaftliche Nutzbarkeit.....	359
c) Ergebnis.....	359
4. Bemessung und Zweck.....	360
5. Sonstige Aspekte.....	363
6. Ergebnis.....	364
Zusammenfassung.....	366
Literaturverzeichnis.....	372
Sachverzeichnis.....	385